



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
am 08. Dezember 2009
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Stefan Spallek

Anwesende Ausschussmitglieder:
Ferner anwesend:
Tagesordnung:
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1
siehe Anlage 2
siehe Anlage 3
siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 18:05 Uhr

Ende: 19:00 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 33/09

(Drucksachenband 140)

Drucksachenlisten DL Nrn. 39/09

(Drucksachenband 142)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0107 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

einstimmig

0108 09-F-25-0097

Neuausrichtung der Interkulturellen Woche -Wiesbadener Integrationsgespräche
- gem. Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 03.11.2009 -

Stv. Müller weist auf die Begründung in der letzten Sitzung hin und fasst den Antrag noch einmal kurz zusammen.

Stv. Schickel begründet den Änderungsantrag und bedankt sich für die Rückstellung des Antrages bis zur heutigen Sitzung.

Seine Fraktion befürchtet, dass die IKW zu akademisch wird, wenn z. B. Diskussionsrunden mit hochkarätigen Fachleuten geführt werden und dadurch die Breitenwirkung wegfällt. Er weist darauf hin, dass im Antragstext unter Ziffer 2 „Integrationsgespräche“ in die Einzahl gestellt werden müsse. Er wünscht sich neben allen Veränderungen noch ein Rahmenprogramm mit breiter Wirkung.

Stv. Konaka verfolgt die Entwicklung der IKW seit 14 Jahren, die sich sehr verändert habe. Dass der Zuspruch geringer geworden ist, muss man akzeptieren, aber vielleicht liegt es an dem Termin im September oder an den Themen. Jetzt wird alles auf einen Tag reduziert - das sei sehr traurig. Die IJW würde praktisch gegen das Sommerfest ausgetauscht - das findet sie nicht korrekt.

Vors. Spallek findet die IKW von der Idee her gut, aber die Umsetzung ist in den letzten Jahren nicht erfolgreich gewesen. Es sei auch ihm schwer gefallen, Änderungen einzubringen, aber jede Veranstaltung lebe von den Teilnehmer/innen. Mit dem neuen Konzept hoffe man, mehr Bürger/innen ansprechen zu können.

Das internationale Sommerfest des Ausländerbeirates laufe schon seit Längerem erfolgreich und sei mit hohen Fixkosten und großem Aufwand verbunden. Deshalb habe man die Idee entwickelt, das Fest auf 2 Tage auszuweiten.

Stv. Dumont geht davon aus, dass die von der SPD befürchtete Kopflastigkeit durch die Erweiterung des Sommerfestes kompensiert werden könne.

Für Stv. Manjura ist die Erweiterung des Sommerfestes eine gute Sache. Die Integrationsgespräche sollten über das Jahr verteilt werden.

**Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 08. Dezember 2009**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Auch Herr Dogan bedauert, dass die IKW in der alten Form nicht mehr weitergeführt wird. Aber die Beteiligung fehlte einfach. Er hält es für zwingend erforderlich, dass eine Reform durchgeführt wird. Die für das Sommerfest vorgesehenen 5.000 € wären beim Sommerfest gut investiert und würden dort mehr bewirken, als bei einer Veranstaltung der IKW, die kaum Zuschauer anlockt. Er spricht sich jedoch dafür aus, den Änderungsantrag der SPD abzulehnen.

Stv. Schickel fragt nach, wo man die Verleihung des Integrationspreises haushaltstechnisch ansiedeln wolle.

Vors. Spallek weist darauf hin, dass die Verleihung des Integrationspreises eine eigene Veranstaltung sei. Haushaltsrechtliche Probleme sähe er nicht, Mittel könnten im Dezember umgeschichtet werden. An der grundsätzlichen Konzeption ändere sich auch nichts - der Ausschuss wird weiter bei der Ausgestaltung mitwirken, z. B. welche Themen behandelt werden sollen.

Stv. Müller geht davon aus, dass es sich bei der angeblichen Kopflastigkeit um ein Missverständnis handele. Auch die Verleihung des Hess. Kulturpreises sei kopflastig aber sehr wichtig gewesen. Die IKW habe es nicht geschafft, nahe an den Bürger/die Bürgerin heranzukommen. Dem Sommerfest sei dies aber gut gelungen. Man könne auch überlegen, ob man am Freitagabend eine Veranstaltung anbietet ähnlich wie zur Zeit der IKW. Man könne dies auch einfach mal probieren. Es könne z. B. im Vorfeld des Ausländerfestes am Donnerstag Integrationsgespräche geben. Man habe jetzt zwar einen anderen Namen, aber die Leute würden vielleicht wegen der Veranstaltung kommen.

Stv. Schickel verwahrt sich gegen den von Stv. Müller benutzen Ausdruck „intellektuelle Diffamierung“. Stv. Müller versichert, dass er es nicht so gemeint hätte, wie es angekommen sei. Stv. Schickel möchte, dass Integration Breitenwirkung hat. Man lebe in einer Spaß- und Eventgesellschaft, deshalb sei ein Rahmenprogramm wichtig.

Vors. Spallek sieht dies nicht so. Man habe immer noch Mittel für die Veranstaltung, könne weiterhin mitgestalten.

Stv. Manjura erklärt für die SPD, dass man sich enthalten werde.

Der Änderungsantrag der SPD wird gegen die Stimmen der SPD bei Enth. der Linken Liste abgelehnt.

Der Hauptantrag wird unverändert wie folgt abgestimmt:

bei Enth. SPD + Linke Liste angenommen

0109 09-V-10-0007

Ludwig-Beck-Preis für Zivilcourage der Landeshauptstadt Wiesbaden; Änderung der Verleihungsrichtlinien

Vors. Spallek erklärt, dass es Gesprächsbedarf wegen der Änderung der Verleihungsrichtlinien gäbe. Es sei hier kein Entwurf der Verwaltung, sondern der Jury vorgelegt worden. Er schlägt vor, die Sitzungsvorlage zur Kenntnis zu nehmen und die Beratungen bis zu einem Gespräch zwischen der Jury und dem Ausschuss zurückzustellen. Der Ausschuss müsse sich zunächst eine Meinung darüber

**Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 08. Dezember 2009**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

bilden, wie die neue Gangart bei den Verleihungsrichtlinien aussehen sollte. So lange dürfte es auch keine Ausschreibung des Preises geben.

Stv. Schickel weist darauf hin, dass es nicht für ein und dieselbe „Hilfeleistung“ unterschiedliche Geldpreise geben soll.

Vors. Spallek schlägt vor, dass man sich mit den Mitgliedern der Jury an einen Tisch setzen sollte.

Stv. Müller teilt diese Auffassung, das sei der richtige Weg. Unklar ist aber noch, ob man alle Jurymitglieder einlädt oder nur einen kleinen Teil (z. B. 4 oder 5 Personen). Man sollte dem Vorsitzenden des Gremiums ein Gespräch anbieten und die Entscheidung des OB hierzu herbeiführen.

Lt. Vors. Spallek wäre es besser, alle Jury-Mitglieder einzuladen.

Die Sitzungsvorlage und der Änderungsantrag werden zur Kenntnis genommen. Die Einladung an die Jury-Mitglieder soll im nächsten Jahr erfolgen.

einstimmig

0110 09-V-10-0025

Bürgerbegehren nach § 8 b Hessische Gemeindeordnung (HGO) - " Pro Schierstein "

Stv. Bohrer findet es bedauerlich, dass die HGO so hohe Hürden für ein Bürgerbegehren setzt und ein Gesetzentwurf zur Änderung dieser Grenzen im Landtag nicht verabschiedet wurde.

Enth. Linke Liste

0111 09-F-01-0057

Sachstand Städtepartnerschaften
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion -

Vors. Spallek berichtet aus der Sitzung des Arbeitskreises Städtepartnerschaften, die vor der Ausschusssitzung stattgefunden hat:

1. Die Ansprechpartner der griechischen Gemeinden Kalamata und Veria werden in die Sitzung des Arbeitskreises am 02.02.2010 eingeladen.
2. Der Vertreter der Stadt Luxemburg wird in die Sitzung des Arbeitskreises am 16.03.2010 eingeladen.
3. Alle Vertreter der bestehenden Partnerschaftsvereine werden im kommenden Jahr am 27.04.2010 zu einem gemeinsam Gespräch in den Arbeitskreis eingeladen. Dafür wird ein Fragebogen erarbeitet, der den Vertretern vorher zur Verfügung gestellt werden soll.

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 08. Dezember 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

4. Vors. Spallek wird mit Frau Stadträtin Scholz klären, ob von Seiten der Schulen noch Austausch mit Schulen in anderen europäischen Städten bestehen.

Der Ausschuss nimmt des Weiteren den mdl. Bericht von Herrn Schmidt (Hauptamt) zur Kenntnis, wonach

1. die Bürgerreise nach Gent in der Zeit vom 21. - 26.09.09 stattgefunden hat und 41 Personen teilgenommen haben,
2. das Hauptamt alle Aktivitäten von Gruppen, Ämtern usw. sammelt und daraus die Auflistung erstellt, die dem Ausschuss vorgelegt wird. Wenn z. B. Fraktionen ihre Klausurtagungen in einer Partnerstadt abhalten, können die Fraktionen diese Aktivitäten dem Hauptamt melden und werden dann in die Übersicht aufgenommen.
3. die Idee, dass sich Städte, die gleichzeitig Bäder sind, zusammenschließen, wird von Seiten des Magistrats nicht weiter verfolgt,
4. Ansprechpartner für mögliche Partnerschaften mit Biarritz, Omsk und Milwaukee ist Dezernat I.

Stv. Bohrer beantragt, die Vertreter/innen der Partnerschaftsvereine und Herrn Roßmeißl (Verein Nueva Nicaragua) in den Ausschuss und nicht in den Arbeitskreis einzuladen.

Der Antrag, die Vertreter der Städtepartnerschaften in den Ausschuss einzuladen wird gegen die Stimmen der Linken Liste abgelehnt (zu Ocotal s.u.).

gegen Linke Liste

0112 09-F-01-0058

Jubiläum der Städtepartnerschaft mit Ocotal
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 12.06.2009 -

Stv. Bohrer beantragt, Herrn Roßmeißl in den Ausschuss und nicht in den Arbeitskreis einzuladen wird angenommen.

einstimmig

0113 Bericht der Dezernentin

1. Der mdl. Bericht von Stadträtin Zeimetz, wonach der Integrationsbericht 2008 am 08.12.2009 im Magistrat beschlossen worden sei, wird zur Kenntnis genommen.
2. Im Integrationsbericht 2009 wird u. a. der mit Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 12.08.2008 geforderte Aufnahme eines Kapitels „Integration durch Sport und Sportvereine“ berücksichtigt.

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 08. Dezember 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

einstimmig

0114 Verschiedenes

Hierzu wird das Wort nicht gewünscht.

einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .01.2010

Vorsitzender

Schriftführerin

Weitere Schriftführerin

Spallek

Karipidou

Koba